

Die Flüchtlingskrise in Europa legt die Deformationen der heutigen Politik offen

Niemand entscheidet, keiner ist schuld

Von Markus Somm



Mit wem man sich in diesen Tagen auch unterhält – fast immer kommt die Rede auf die Flüchtlingskrise in Europa und irgendwann im Verlauf des Gesprächs, meistens schon zu Beginn, als ob man sich gegenseitig der geistigen Zurechnungsfähigkeit versichern wollte, sagt noch jeder: «Natürlich können wir nicht alle aufnehmen!» Und das sagen Leute, von denen man das erwartet, weil sie eher rechts stehen und bürgerlich wählen – und man hört es von Leuten, bei denen man weiss, dass sie vor einem halben Jahr das nicht gesagt hätten, weil sie sich als Linke betrachten – sie schwiegen, sie blickten verstohlen, auch wenn sie vielleicht schon lange so dachten. Heute bemühen sich die gleichen Leute, das zeitig klarzustellen: «Natürlich können wir nicht alle aufnehmen!»

Es ist ein Konsens, der verdächtig wirkt, weil er so geschlossen scheint. Umso weniger bedeutet er. Er ist ein Symptom, ein kostengünstiges Bekenntnis zur Vernunft, eine Rückversicherung, dass man nicht etwa für vollkommen weltfremd gehalten wird. Denn wer könnte das begründen? Wer möchte wirklich, dass der ganze Nahe Osten sich nach Europa verschiebt? Ingeheim hofft jeder, das werde nicht geschehen, selbst wenn die Anzeichen das Gegenteil nahelegen. Natürlich können wir nicht alle aufnehmen. Eine vermeintlich reife Einsicht aber ist es auch, weil sie ohne Folgen bleibt. Deshalb ist sie so beliebt. Ein Statement ohne Preisschild.

Warten auf die Weltregierung

Denn kaum haben sie das gesagt, flüchten sich die meisten Leute, die so reden, in die Sicherheit der Phrasen: Wir können nicht alle aufnehmen – aber was vor allem nützt, ist Koordination. Ohne eine solche europäische (fallweise: internationale) Koordination, sagen sie bald, gelinge eine Bewältigung der Krise ohnehin nicht. Sie rufen nach der EU, setzen auf die UNO, glauben, hoffen.

Tatsächlich ist es ein hilfloser Aufruf zu gut-nachbarlicher Zusammenarbeit, der vergessen machen soll, was man vorher gesagt hat. Hilflös, weil die Ergebnisse dieser Koordinationsbemühungen bisher bescheiden sind: Seit die EU Quoten beschlossen hat, die festlegen, welches Mitgliedsland wie viele Flüchtlinge zu absorbieren hat, sind sehr wenige dieser Flüchtlinge umverteilt worden. Bis vor einer Woche waren es 19, in Worten: neunzehn. Es besteht wenig Aussicht, dass sich diese Zahlen dramatisch erhöhen. Inzwischen ist in Polen eine Regierung abgewählt worden, weil sie sich ohne Erfolg gegen Quoten gewehrt hatte. Die neue lehnt diese noch vehementer ab.

Rückstand in der Puszta

Aber selbst wenn diese Koordination irgendwann gelingen sollte und alle EU-Länder, aber auch die Schweiz oder Norwegen, ja sogar Kanada

und die USA koordiniert und gemäss fairem Verteilungsschlüssel die Flüchtlinge aufnehmen würden: Selbst dann kommen wir nicht an dem Entscheid vorbei, vor dem wir uns so sehr fürchten. Wer seine Worte nämlich ernst nimmt, wonach nicht alle Flüchtlinge nach Europa kommen können, der muss auch einmal Nein sagen. Und diesem einsilbigen, harten Wort müssen Taten folgen, die anzusehen niemanden freut. Davor schrecken die meisten zurück. Was verständlich ist. Nichts fällt schwerer. Wir sind keine Unmenschen – und wollen es nicht sein. Doch wer der Überzeugung ist, unsere Aufnahmekapazität sei irgendwann

Vielleicht sind bald die Bayern dazu gezwungen, an der Grenze zu Österreich einen Zaun hochzuziehen.

begrenzt – und offenbar meinen das viele, und sie sind vernünftig –, der muss angeben: Diese Männer und Frauen, die hier um Einlass bitten – vielleicht halten sie ein kleines Kind im Arm –, dürfen kommen. Sie sind an Leib und Leben bedroht. Aber jene, die vor uns stehen und weinen, und die ebenfalls ein Kind tragen, müssen nach Hause fahren. Denn sie suchen vielleicht ein besseres Leben.

Es sind grauenhafte Szenen, die die Polizisten, Soldaten und Grenzwachter mitbekommen, die diese undankbare Aufgabe für uns ausführen. Es sind menschliche Tragödien, die sich hinter den Zäunen abspielen, die zuerst niemand bauen wollte – und die sich bald vermehren dürften, überall in Europa, obwohl oder besser: Gerade weil ein paar gedankenlose Politiker zuerst so taten, als gäbe es nichts Übleres, als die eigenen Grenzen zu kontrollieren. Es tat den blasierten Westeuropäern so gut, die Ungarn zu beschimpfen und ihnen zu spüren zu geben, dass man deren Zivilisierungsprozess für noch nicht ganz abgeschlossen halte. Einmal Ostblock, immer Ostblock. Hochmut kommt vor dem Fall. Wenn es so weitergeht, sind die Bayern bald dazu gezwungen, an der Grenze zu Österreich einen Zaun hochzuziehen.

Bundesrat ohne Gespür

Vor wenigen Tagen traf ich Helmut Hubacher, den grossen Schweizer Sozialdemokraten, zu einem Gespräch. Er ist bald neunzig. Trotzdem sprüht und funkt, schreibt und denkt er noch, als würden für ihn die Gesetze der Biologie nicht gelten. Er wirkt jünger und frischer als mancher Juso. Natürlich redeten wir auch über die Flüchtlingskrise und darüber, wie sich die Politiker damit befassten. Beide waren wir enttäuscht, beide wussten wir, dass ein unbegrenzt offenes Europa auf längere Sicht nicht realistisch ist. Auch Symbolisches, Fragen des politischen Handwerks oder der Führung beschäftigten uns. Er verstehe nicht, sagte mir Hubacher bei dieser Gelegenheit, warum der Bundesrat auf seiner Schulreise im Sommer ein Asylbewerberheim besucht habe.



In den Teppichetagen der Politik werden zahlreiche Fehler begangen. Flüchtlinge warten am Zaun an der ungarischen Grenze. Foto Keystone

Besser wäre die Regierung nach Chiasso gefahren und hätte die Grenzwachter besucht, die dort die Folgen der gescheiterten Migrationspolitik des Westens zu bewältigen haben. Tag für Tag kontrollieren sie, weisen ab oder winken durch (je nach Berner Stimmungslage), Tag für Tag besichtigen sie die zahlreichen Fehler, die in den Teppichetagen der Politik begangen werden. Hubacher, der alte Menschenfreund, weiss, wovon er spricht. Er ist ein Sozialdemokrat, dem bewusst ist, wen seine Partei vertreten will: die einfachen Leute, wie zum Beispiel die Grenzwachter, bescheidene, biedere Staatsangestellte wie einst die Bähnler, für die Hubacher als Gewerkschafter jahrzehntelang gekämpft hat.

Der Bundesrat an der Grenze in Chiasso? In der Tat wäre das ein starkes Signal gewesen. Die Regierung, die wir angestellt haben, um für uns einen Auftrag zu erfüllen, hätte klargemacht, dass sie darum weiss, wozu es Grenzen gibt – und dass Grenzen zu ziehen immer auch bedeutet, dass jemand Nein sagen muss, auch wenn es schwerfällt. Jemand hat dafür Verantwortung zu übernehmen.

Die neue Unverantwortlichkeit

Vielleicht hat nichts deutlicher gemacht, woran die Politiker unserer Zeit krankten, als die Flüchtlingskrise. Vielleicht brauchte es diese Tragödie, damit den Bürgern in Europa die Augen geöffnet werden. Zu viele Politiker geniessen es, grosszügig zu sein, Menschen zu helfen und die Welt zu retten, meistens mit Geld, das ihnen nicht gehört, meistens mit Entschieden, deren Konsequenzen sie nie tragen müssen, weil sie weit in der Zukunft liegen. Sie sagen sehr oft Ja, selten sagen sie Nein.

Dass in der Flüchtlingskrise so viele Politiker fast instinktiv nach internationaler Koordination

rufen, macht misstrauisch. Es ist symptomatisch. Wenn «koordiniert» wird, heisst das immer, dass sehr viele mitentscheiden – oder auch nicht –, jedenfalls so viele, dass kaum mehr erkennbar ist, wer was entschieden hat. Oder anders gesagt: wer wofür verantwortlich ist. Es ist der heutigen Generation von Politikern meisterhaft gelungen, Verantwortlichkeiten zu verwischen: Deshalb entziehen sie sich so gerne den Entscheidungsprozessen des Nationalstaates, wo sie als Regierende klar zu verorten sind, und flüchten sich in die höheren Sphären des Supranationalen, wo alle und keiner zuständig ist. Wer hat entschieden? Wer ist schuld?

Niemand weiss es. Ist es die EU? Die Kommission, der Ministerrat, die UNO oder die OECD oder die G-8? Oder doch das Parlament? Wenn niemand verantwortlich ist, kann man auch niemanden zur Rechenschaft ziehen. Grenzen bestimmen ein Territorium, sie zeigen aber auch an, wer wo zuständig ist. Deshalb sind Grenzen bei manchen Politikern wenig beliebt. In der EU machte man aus der Aussicht, keine Grenzen mehr zu kennen, unter dem Stichwort Schengen geradezu eine Raison d'Être. Umso schwerer fällt es nun, diese Grenzen zu verteidigen, selbst die Schengen-Aussengrenzen, die man ja auf dem Papier nie aufgehoben hatte.

Natürlich können wir nicht alle aufnehmen! Diesen Satz würde wohl jeder europäische Politiker unterschreiben – und in keinem Land dieses Kontinentes würde eine Mehrheit widersprechen. Es ist Zeit, dass die Bürger ihre Politiker dazu zwingen, wieder einmal Nein zu sagen. Und wir Bürger müssen ehrlich genug sein, auch die Konsequenzen dieses Neins zu tragen.
markus.somm@baz.ch

Zeitzeichen



Bazillus

Justin und die Kreischmädel

Von Sigfried Schibli

Konzerte sind etwas Wunderbares. Wenn nur das Publikum nicht wäre! Es räuspert sich und hustet, tuschelt und nestelt und fällt auch mal schnarchend in Tiefschlaf. Der Pianist Alfred Brendel fauchte mal einen Dauerhuster im Konzertsaal an: «Ich höre Sie, aber Sie hören mich nicht!» Und Keith Jarrett rastet aus, wenn er im Publikum auch nur ein Handy aufblitzen sieht.

Der 21-jährige kanadische Sänger Justin Bieber hat jetzt in Oslo die Empfindlichkeit gegenüber Publikumsgeräuschen auf die Spitze getrieben. Am Donnerstag brach er seine Show nach einem einzigen Song ab, nachdem er ausgerufen hatte: «Ich habe gesagt, ihr sollt aufhören. Hört ihr mir zu? Ihr hört mir nicht zu.» Dabei kreischten die Mädchen in der ersten Reihe doch aus reiner Begeisterung und wollten ihr Idol berühren, als wäre er ein Heiliger. Auf einem Video sieht man ihn etwas von der Bühne aufwischen, sein Hemd wütend wegschmeissen und dann abtreten. Später übte der Jungstar Selbstkritik und entschuldigte sich bei den Zuhörern. Eigentlich wollte er sein neues Album «Purpose» (Absicht) bewerben, doch blieb schleierhaft, was er mit seinem Verhalten bezweckte.